Nummer 223 — 31. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchentlich, mit illustr. Beiblättern „Heimat und Welt" und der Kinderbeilage „Für unsere kleinen Leute", sowie den Tagesbeilagen „Unterhaltung und Wissen", „Die praktische Hausfrau", „Das gute Buch". Monatlicher Bezugspreis Ausgabe A mit St.-Beimo-Blatt ℳ 2,70 Ausgabe B ohne St.-Beimo-Blatt ℳ 2,20 Einzelnummer 10 ₰ Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰. Hauptschriftleiter: Dr. G. Debeghy, Dresden.

Ausgabe A und B

Donnerstag, 22. September 1932

Verlagsort Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰, Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,50 ℳ. Briefgeb. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Geschäftlicher Teil: G. Winkel, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania, Buchdruckerei und Verlag Dresden-A. 1, Pollerstr. 17. Fernruf 21 012. Postscheckkonto Dresden 1028. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 94707.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20731 und 21 012.

Der neue Konflikt in Preußen

Um die Gehorsamkeitspflicht der Beamten — Neue Gewaltmaßnahmen der Regierung Papen?

Zusammentritt des Landtags

Regierung bleibt fern

Berlin, 21. September.

Auf der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung des Preußischen Landtags stehen eine Reihe von Vorlagen, die insbesondere auch die Wirksamkeit der kommissarischen Staatsregierung betreffen. Neben der Debatte über die Notverordnung für den preußischen Etat ist die Bade-Polizeiverordnung des stellvertretenden Reichskommissars Dr. Bracht zur Beratung gestellt. Entgegen der ursprünglichen Annahme wird jetzt erklärt, daß nicht beabsichtigt sei, Regierungsvertreter in die Vollsitzung des Landtages zu entsenden. Vielmehr bleibt es in dieser Hinsicht bei den bisherigen Dispositionen, wonach Regierungsvertreter sich im Plenarsaal des Landtags und auf den Tribünen nicht aufhalten dürfen. Das Betreten des Landtagsgebäudes ist jedoch den Regierungsvertretern nicht untersagt.

•

Der Grund für das endgültige Fernbleiben der kommissarischen preußischen Staatsregierung von der Sitzung des Landtages dürfte darin zu suchen sein, daß der Konflikt zwischen dem Landtag und der Regierung sich neuerdings verschärft hat. Die Regierung ist verstimmt über den von Nationalsozialisten und Kommunisten gefaßten Beschluß, der sämtlichen Staatsbeamten und Angestellten das Recht zusprechen will, die Anordnungen der vorgesetzten Dienststellen zu ignorieren, der schärfste Schlag sei, der der Staatsautorität je von einem Parlament zugefügt wurde. Die kommissarische Regierung werde vor dem Landtag nicht erscheinen, solange dieser Beschluß in Kraft sei. Darüber hinaus, so wird in einer offiziösen Mitteilung betont, sei zu erwägen,

ob nicht dieser Landtag „jede Daseinsberechtigung verwirkt habe"

wenn er in die ausführenden Organe des Staates mit Beschlüssen eindringe, die den reibungslosen Ablauf der Staatsverwaltung gefährden. Es bestehe auch die Möglichkeit, daß dieses Verhalten des Landtags den Anlaß bieten werde, die Frage der Verwaltungsreform rascher zu klären, als bisher beabsichtigt war.

Auf der anderen Seite besteht aber kaum eine Möglichkeit, den von einer Mehrheit im Plenum des Landtags gefaßten Beschluß wieder rückgängig zu machen. Man darf also auf die nächste Entwicklung in Preußen sehr gespannt sein.

„Ausverkaufte" Tribünen

vdz. **Berlin**, 21. September.

Das Interesse an den Tagungen des preußischen Landtages hat in der letzten Zeit in der Oeffentlichkeit erheblich zugenommen. Aeußerlich kommt das darin zum Ausdruck, daß der Andrang des Publikums zu den Vollsitzungen heute schon ebenso stark ist, wie zu den gelegentlichen Reichstagssitzungen. Schon seit den frühen Morgenstunden kündet heute allen Besuchern des Landtagsgebäudes an den Eingängen ein Schild an, daß

die Tribünenkarten für die Plenarsitzung vergriffen

sind. Sämtliche Fraktionen des Landtages versammelten sich schon in den frühen Vormittagsstunden, um neben der Erörterung der Tagesordnung des Plenums in erster Linie zu dem Konflikt Stellung zu nehmen, der jetzt auch zwischen dem Preußenparlament und der Regierung entstanden ist.

Der Aeltestenrat tritt um 12 Uhr zusammen und wird sich ebenfalls mit dem Konflikt beschäftigen. Ob es gelingt, den gewünschten Ausgleich zu finden, wird sich in der Aeltestenratssitzung zeigen. Im Aeltestenrat wird sich auch entscheiden, ob die Landtagstagung heute schon wieder abgeschlossen werden soll. Die Tagesordnung umfaßt in der Hauptsache zwei wichtige Punkte: Die Festsetzung des Termins für die Gemeindewahlen und die Notverordnungen über die Badepolizei und den preußischen Etat.

Diskontsenkung vollzogen

Beschluß der Reichsbank

Berlin, 21. September. (Drahtbericht.)

Die Reichsbank setzt mit Wirkung vom 22. September den Diskontsatz von 5 auf 4 Prozent und den Lombardsatz von 6 auf 5 Prozent herab.

Dazu teilt die Reichsbank mit, daß sie sich nach Beseitigung des bisherigen gesetzlichen Hindernisses zu der Zinssenkung umso eher entschließen konnte, als seit der letzten Herabsetzung des Reichsbankdiskontsatzes der Status der Reichsbank eine weitere Erleichterung erfahren hat, die Verflüssigung an den deutschen Geldmärkten fortgeschritten ist und auch an den führenden Plätzen des Auslandes neue erhebliche Ermäßigungen der offiziellen Raten erfolgt sind.

Das Ergebnis der Finanzminister-Konferenz

Berlin, 21. September.

Die Konferenz der Finanzminister der Länder hat gestern einen Arbeitsausschuß eingesetzt, in dem außer dem Reichsfinanzministerium die vier großen Länder Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg und die mittleren Länder Hamburg, Thüringen und Mecklenburg-Schwerin vertreten sind. In der Ministerkonferenz hat der Reichsfinanzminister zunächst einen Ueberblick über die Lage gegeben, damit eine Reihe von Anregungen verknüpft und schließlich die Wünsche der Länder entgegengenommen. Dabei zeigte sich aber, daß das Gremium dieser Konferenz viel zu groß ist, um in den Einzelfragen, bei denen Vereinfachungs- und Sparmaßnahmen einsetzen können, praktische Arbeit zu leisten. Deshalb hat der Reichsfinanzminister den Vorschlag gemacht, einen solchen Ausschuß zu bilden.

Der Ausschuß ist im Laufe des Nachmittags bereits zu einer ersten Sitzung zusammengekommen, um zunächst den Aufgabenkreis festzulegen, in dem sich die Untersuchungen und die Vorschläge bewegen sollen, zu denen man zu gelangen hofft.

Das Arbeitsgebiet des Ausschusses erstreckt sich auf die verschiedenen Verwaltungszweige, so auf die Justizverwaltung, die Schulverwaltung usw.

Der Ausschuß wird sich auch mit der Frage der Beamtenbesoldung beschäftigen,

Hierfür besteht gerade bei den Ländern ein starkes Interesse, da die Besoldungsverhältnisse bei ihnen recht ungleich sind und deshalb häufig Grund zu Mißstimmungen in den Kreisen ihrer Beamten gegeben haben. Ein besonderes wichtiges Glied ist die Arbeitslosen- und die Wohlfahrtsunterstützung. Bei den bisherigen Beratungen hat sich auch bereits eine gewisse Linie hierfür abgezeichnet, die darauf hinausläuft, daß Ueberschüsse oder Ersparnisse bei der Arbeitslosenfürsorge der besonders beanspruchten Wohlfahrtsfürsorge zugutekommen sollen.

Aus der Mannigfaltigkeit dieser Aufgaben entwickelt sich die Arbeitsweise des Ausschusses von selbst. In seiner heutigen ersten Sitzung ist man sich deshalb darüber klar geworden, daß nicht immer nur dieselben Vertreter an den Arbeiten teilnehmen sollen. Man beabsichtigt vielmehr, wechselnd Fachbearbeiter aus den in Frage kommenden Ressorts heranzuziehen. Mit den eigentlichen Arbeiten soll Ende dieser Woche begonnen werden. Zunächst wird der Ausschuß dafür, wie man in unterrichteten Kreisen annimmt, voraussichtlich etwa zwei bis drei Wochen benötigen,

um dann einer neuen Konferenz der Finanzminister seine Vorschläge zu unterbreiten.

Natürlich wird auch das Reich sich sehr stark an der Tätigkeit des Ausschusses beteiligen. Andererseits ist bemerkenswert, daß die Länder, während sie früher vom Reich doch nur mehr gutachtlich herangezogen wurden, in diesem Gremium zum erstenmal praktisch an der Ausarbeitung von Maßnahmen für die verschiedenen Verwaltungsgebiete beteiligt werden.

Begegnung mit dem Faschismus

Eindrücke eines Reisenden.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

H. z. Zt. **Bari** (Apulien), im September.

Der Reisende sieht oft schärfer, als derjenige, welcher lange in einem Lande lebt und sich seiner Umwelt mehr oder weniger angepaßt hat. Denn der Reisende geht immer und überall auf Entdeckung aus. Er mag dabei zuweilen der Gefahr erliegen, Bekanntes noch einmal zu entdecken. Das schadet jedoch weniger, weil auf der anderen Seite der Vorzug frischeren, unbeschwerteren und darum intensiveren Erlebens steht. Der Reisende mag manches falsch sehen, weil er vielleicht zu sehr auf die Konturen und zu wenig auf den Grund schaut, — aber gerade die schärfere, wenn auch gröbere Herausarbeitung der Konturen kann wiederum dem, der die Dinge aus der Nähe und aus der Gewohnheit kennt, ein neuer Anreiz zur Betrachtung werden. Wir haben die gleiche Erfahrung am Ort unserer ständigen Arbeit, in Genf, gemacht, — wir sahen, wie bei großen Konferenzen die Journalisten, die nicht ständig in der Völkerbundstadt lebten und als Beobachter und Schlachtenbummler nach Genf kamen, den Geschehnissen jenseits der täglichen Gewöhnung und Routine eine neue und interessante Seite abgewannen. Dennoch, und gerade deswegen, wissen wir wohl, daß diese Aufzeichnungen eines Reisenden nur flüchtige Skizze sind. Sie machen nicht den Anspruch gültigen Urteils. Sie wollen vielmehr nur das sein, als was sie sich ausgeben, — Reiseschilderung vom Eindruck, von der reinen Impression her.

★

Der Prozeß der Faschistisierung Italiens, der Regenerierung eines großen Landes und Volkes durch ein geschlossenes, einheitlich-zentralistisch aufgebautes Diktatur-System, ist fast vollendet. Italien ist nicht nur vom Faschismus regiert, sondern es ist faschistisch durchsetzt, — wenn nicht alle Menschen in Italien Theater spielen, was kaum anzunehmen ist. Es gibt drei Dinge, die dem Fremden hierzulande zunächst und nachdrücklich auffallen: Die diskrete, aber wie ein unzerreißbares Netz über das ganze Land gespannte Kontrolle des öffentlichen Lebens durch die Miliz, — die ungeheuren Kultivierungsbemühungen in den verschiedensten Formen, Straßen-, Brücken- und Hafenbau, Trockenlegung, Wasserleitungs-Anlage, und schließlich etwas sehr Persönliches, aber Aufschlußreiches: Das Bild des Duce, das Gesicht Mussolinis.

Es gibt keine Eisenbahn, die nicht durch einige Schwarzhemden überwacht wird. Eine Milizstation ist auf jedem Bahnhof, ein Milizsoldat steht an jeder Bahnsperre, und gleicherweise sahen wir Schwarzhemden auf den Postkutschen, die Pakete befördern, und auf den Postautomobilen, die dem Personenverkehr dienen. Unauffällig, aber gleichwohl nicht unsichtbar, sind Milizsoldaten auf den Straßen postiert, und man hat das Gefühl, daß nichts in diesem Lande öffentlich geschieht, das nicht irgendwie von einem Mann der Miliz beobachtet würde. Dennoch kann man nicht sagen, daß solche Ueberwachung unangenehm oder gar lästig wäre. Dazu ist sie zu diskret, ja, zu selbstverständlich. Niemand wird von den Schwarzhemden belästigt; sie sind im Gegenteil äußerst liebenswürdig und hilfsbereit, und jeder, der sich an sie wendet, erhält gern Auskunft und Beistand. Aber man muß sich an sie wenden, man muß sie fragen; sie denken nicht daran, sich aufzudrängen. Sie kontrollieren unauffällig; sie weisen kurz und bestimmt den Gepäckträger zurecht, der vom Fremden zuviel verlangt — falls dies überhaupt noch vorkommt, — sie kennen die Tarife der Autochauffeure und Droschkenkutscher, und sie erscheinen ohne weiteres im Hotel, wenn der Hotelier wirklich (aber auch das ist eine Seltenheit!) einen höheren Zimmerpreis rechnen sollte, als der amtliche Hotelführer für ebendieses Hotel anzeigt . . . Wir wissen nicht, wie alle diese dem Reisenden unentbehrlichen Dinge des täglichen Lebens früher in Italien geregelt waren, oder besser gesagt: Wir wissen es nicht aus eigener Anschauung, sondern aus Schilderungen anderer. Aber vielleicht ist auch das Neapel von heute, wo der Fremde sich immer noch gegenüber Postkarten- und Andenkenverkäufern, „Fremdenführern", Schuh-